Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1924

4.11.1924 (No. 258)

Visual Library

№ 258 Dienstag, den 4. November 1924 167. Jahrgang

Expedition: Karlfriedrich-Straße Nr. 14
Fernsprecher: Nr. 953 und 954
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 3515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur E. Amend. Karlsruhe

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert monatlich 2,60 Goldmark. — Einzelnummer 10 Goldpfennig, Samstags 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariffester Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlfriedrichstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Aussperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsschluß erfolgen.

*Teuerung u. Lohnforderungen

Was wir warnend vorhergesagt haben, ist nur zu rasch eingetroffen: die Steigerung der Preise hat allenthalben neue Lohnforderungen hervorgerufen, und auch das Gespenst des Streiks schleicht bereits wieder umher. Hat es wirklich soweit kommen müssen?

Man muß bei einer jeden Erörterung dieser Dinge davon ausgehen, daß die Gehälter und Löhne, wie sie etwa vom 1. Juni d. J. ab galten, im großen und ganzen Minimalgehälter und Minimallöhne waren. Die schlechte Finanz- und Wirtschaftslage des Reiches, der Länder und der Privatunternehmer zwang zu einer niedrigen Normierung der Löhne. Gleichwohl hatte man sich in den Reihen der Festbesoldeten (im weitesten Sinne des Wortes) mit diesen Sätzen abgefunden. Man war bereit, wenigstens fürs erste mit Löhnen und Gehältern auszukommen, die realiter die Lohnhöhe vor dem Kriege nicht erreichten und wesentlich hinter den im Ausland bezahlten Löhnen zurückblieben. **Voraussetzung** aber war und blieb die bestimmte Erwartung, daß die Lebensmittelpreise **noch etwas sinken würden.**

Diese Erwartung ist **bitter getäuscht** worden. Die Lebensmittelpreise sind **nicht nur nicht gesunken, sondern seit Ende August ganz erheblich gestiegen,** so allein im Monat Oktober um über 5 Proz. Selbstverständlich hat ein derartiges Anziehen der Preise, dem gegenüber sich alle bisherigen Preissenkungsaktionen der Reichsregierung als unwirksam erwiesen, in weitesten Kreisen Bestürzung und Aufregung hervorgerufen. Und diese Aufregung entladet sich nun begreiflicherweise in **neuen Lohnforderungen.**

Andererseits kann man es vollkommen verstehen, daß alle Arbeitgeber, und zwar auch die Arbeitgeber Reich und Land, an eine Erhöhung der Löhne und Gehälter **nicht** gerne herangehen wollten. **Sie fürchten die Inflation.** Sie wissen, daß die Erhöhung der Löhne wahrscheinlich wieder begleitet sein würde von neuen Preiserhöhungen, daß diese dann wieder neue Lohnforderungen auslösen würden, und so fort, bis wir wieder in den verhängnisvollen Strudel der Inflation hineingeraten sind. Nun ist aber natürlich mit einer bloßen Weigerung und derartigen Hinweisen den Lohnempfängern nicht gedient. Die Hungrigen werden davon nicht satt. Und deshalb geht die Reichsregierung von neuem daran, eine **neue Preissenkungsaktion zu inszenieren.** Sollte sie gelingen, so werden die Lohnforderungen ganz von selbst **gegenstandslos.** Denn auch dem schlichtesten Gemüt wird es einleuchten, daß es in der Praxis auf dasselbe hinausläuft, ob die Löhne im Durchschnitt um 20 Proz. erhöht, **oder die** Lebensmittelpreise im Durchschnitt um 20 Proz. gesenkt werden.

Begünstigt wird die neue Preissenkungsaktion der Reichsregierung durch die Tatsache, daß **die Weltmarktpreise** wenigstens auf **einzelnen** Gebieten etwas **zurückgegangen** sind, und daß sich die **Großhandelspreise** seit etwa drei Wochen in einem Zustand langsamen Sinkens befinden. Ferner wird gemeldet, daß die **Kartoffel- und Rübenernte** für dieses Jahr viel günstiger ausgefallen ist, als man es anfangs angenommen hat. Sie wird je um 15 Proz. ergiebiger sein, als im Vorjahre. Eigentlich sollten daraufhin die zum Teil ganz unnatürlich hoch getriebenen Preise für Kartoffeln raschestens herabgesetzt werden.

Daß die neue Preissenkungsaktion Erfolg haben **muß,** liegt klar auf der Hand. Aus wirtschaftlichen und finanziellen Gründen dürfen wir uns in diesem Augenblick den Luxus von Lohnstreitigkeiten oder gar von Streiks nicht leisten. Die Aktion wird aber nur Erfolg haben, wenn auch in den Kreisen der Unternehmer selbst überall die rechte Einsicht für die Notwendigkeiten der Lage erwächst. Zweifellos ist diese Einsicht vielfach vorhanden. Aber grundsätzlich ist noch immer die Mahnung des Reichsbankpräsidenten Schacht durchaus berechtigt, daß es nicht angängig sei, für den Unternehmer, heute mit denselben Gewinnen zu rechnen, wie sie vor dem Kriege üblich waren. Weiter wird es nötig sein, daß **ungerechtfertigte Zwischenhandelsgewinne** vermieden werden.

Wir haben schon mehrfach an dieser Stelle auf diese Dinge aufmerksam gemacht, da auch uns sehr wohl bekannt ist, daß die Reingewinnsätze, die heute so manche Unternehmer von dem Umsatz ihres Geschäftes erwarten, ganz beträchtlich über die der Vorkriegszeit hinausgehen. Wie sehr aber der **Zwischenhandel** die Lebensmittel und Bedarfsartikel verteuert, wie hoch manchmal die Gewinne sind, die der Händler einstecken kann, das beweisen Beispiele genug. Schon seit einigen Monaten kann man im Süden des Reichs ganz bestimmte Lebensmittel aus dem Norden des Reiches zum halben Preise dessen beziehen, was sie hierzulande in den Läden kosten. Und die Geschäftsleute brauchen sich nicht zu wundern, wenn recht viele von dieser guten Einkaufsmöglichkeit Gebrauch machen, zumal die Güte der aus dem Norden bezogenen Wurst- und Käsewaren nach unseren Informationen nichts zu wünschen übrig läßt.

Was folgert aber aus dieser Erscheinung? Doch nur das Eine, daß der Händler hier am Platze, der diese Waren ja noch billiger als der Privatmann, nämlich zum Wiederverkaufspreise bezieht, oft **100—120 Proz. verdient.**

Weiter wird uns von verschiedenen Seiten übereinstimmend noch eine andere Beobachtung gemeldet. Gegenstände, die, in größerer Masse hergestellt, gleichartig in beinahe allen Großstädten zu haben sind, muß man in Karlsruhe und anderen badischen Städten meist mit einem ansehnlichen Aufschlag bezahlen. Es handelt sich dabei, wie gesagt, um denselben Artikel, den man genau so auch wo anders, also etwa in Hannover, Braunschweig oder Magdeburg kaufen kann. Womit wird dieser **Extrapreis** eigentlich begründet? Hat der Einzelhandel in Baden vielleicht mehr Lasten zu tragen, als im Norden? Wir glauben es nicht. Sind die Löhne und Gehälter hier in Baden besonders hoch? Wir glauben das auch nicht. Also bliebe nur die eine Erklärung übrig, daß sich eben gewisse Händler und Geschäftsinhaber daran gewöhnt haben, mit **besonders hohen** Gewinnen zu rechnen.

Wir haben schon oben bemerkt, daß es keineswegs alle Unternehmer und Händler sind, die eine derartig geringe Einsicht in die wahre Wirtschaftslage des Reiches bekunden. Wir möchten also auch von vornherein einer Polemik vorbeugen, die sich mit der Behauptung, wir hätten den badischen Einzelhandel als solchen angegriffen, gegen uns richten könnte. Wir betonen nochmals: es sind **einzelne,** aber in der Summe natürlich immerhin volkswirtschaftlich ins Gewicht fallende Unternehmer und Händler, die jener Einsichtslosigkeit huldigen. Sie zu besserer Einsicht zu erziehen, ist die Aufgabe der öffentlichen Meinung, aber auch die Aufgabe der Organisationen der Unternehmer und des Handels selbst. Unterbleibt diese Erziehung, so muß sich der wirtschaftspolitische Kampf verschärfen. Letzten Endes werden es dann aber **alle** Schichten sein, die unter dieser Verschärfung zu leiden haben.

Ueber die Verwaltungsunkosten der Reichssteuerverwaltung

bestehen immer noch irrige Auffassungen, deren Verbreitung geeignet ist, das Urteil über diese wichtige Frage zu verwirren. In den Jahren 1920/21 sind die Verwaltungsabschlüsse ungetrennt für die gesamte Finanzverwaltung, d. h. Steuer- und Zollverwaltung, aufgestellt. 1920 betrugen die Gesamtausgaben 3,23 v. H., 1921 3,4 v. H. der Einnahmen. Von 1922 an können die Zahlen für die Steuerverwaltung gesondert angegeben werden; die Ausgaben betrugen 7,8 v. H. der Einnahmen. Hier macht sich der Verfall der Währung bereits stark bemerkbar. Die Zahlenangaben für das erste Halbjahr 1923 sind infolge der raschen Markentwertung wertlos. Im zweiten Halbjahr 1923 betrugen die Ausgaben 5,5 v. H. der Einnahmen.

Nach dem **Haushaltsvoranschlag 1924** sollen die Ausgaben **5,5 v. H.** der Einnahmen ausmachen. Die Entwicklung im ersten Halbjahr 1924 läßt erwarten, daß das Ergebnis noch erheblich günstiger sein wird. In allen genannten Ausgabeziffern sind auch die in den einzelnen Jahren geleisteten einmaligen Ausgaben, die hauptsächlich Ausgaben für die Beamten enthalten, die an sich als werbende Anlagen auf 30 Jahre verteilt werden könnten, Ausgaben für Ruhegehälter, Wartegelder, Hinterbliebenenbezüge, die auch vom Reich zugunsten der früheren Landessteuerbeamten übernommen wurden; auch sind darin alle Ausgaben enthalten, die dem Reiche durch Besorgung von Ausgaben der Länder erwachsen, deren Anteil an den Gesamtausgaben besonders für die süddeutschen Staaten nicht unbeträchtlich ist.

Der deutsche Notenumlauf. Im Rahmen des schleswig-holsteinischen Universitätstages in Kiel hielt Reichsbankpräsident Dr. Schacht eine Ansprache über währungspolitische Maßnahmen der nächsten Zeit. Die Reichsbank werde neue Zahlungsmittel nur dem Bedarf der Wirtschaft entsprechend in den Verkehr geben. Der einzige Gradmesser für den Geldbedarf sei der Warenpreis. Augenblicklich sei die Reichsbank in der Lage, 5 Milliarden Goldmark **gesetzlich gedeckter Zahlungsmittel** auszugeben, was ungefähr dem **Umlauf der Vorkriegszeit** entspreche.

Der Stand der Reichsschuld hat sich am 30. Sept. 1924 gegenüber dem Stande von Ende 1923 um rund 500 Millionen Goldmark verbessert. Die Reichsschuld betrug am 30. Sept. rund 2338 Millionen gegen 2840 Millionen im Vorjahr und etwa 5 Milliarden im letzten Friedensjahr. Bei der preußischen Generalstaatskasse überstiegen die Oktober-Auszahlungen die Einnahmen um 4,5 Millionen. Seit dem 1. April wurden insgesamt 848,6 Millionen Goldmark vereinnahmt und 819,5 Millionen verausgabt, so daß ein Überschuß von 29,1 Millionen verbleibt. Die schwebende Schuld stellte sich am 31. Oktober auf 25 Millionen.

Die sensationellste Spionageaffäre

Unter dieser Überschrift veröffentlicht das „Karlsruher Tagblatt" in seiner Montag-Nummer einen Artikel, den wir im Folgenden abdrucken. Würde das, was in diesem Artikel steht, früher von einem republikanischen Blatte gebracht worden sein, so hätten die Zeitungen von der Art des „Tagblatts" Zeter und Mordio geschrien. Damals durfte **kein Republikaner** behaupten, daß im **Großen Hauptquartier** vieles faul gewesen sei. Heute können sich auch die rechtsstehenden Organe der Wahrheit nicht mehr entziehen, und sie publizieren Artikel, wie diesen, der ein ganz neues Licht auf die militärischen Vorgänge im Jahre 1918 wirft, ein Licht, das aber für das große Hauptquartier wenig vorteilhaft ist. Der Artikel lautet:

„Anfang Oktober brachte die Zeitung „Neues Wiener Journal" unter der Überschrift „Die sensationellste Spionageaffäre des Weltkrieges" in einer Artikelserie Erinnerungen des **Chefs des amerikanischen Geheimdienstes** in Frankreich, Major Russel. Der Schluß der Artikelserie brachte die größte Sensation, die Mitteilung, daß zwei deutsche Offiziere aus dem **Großen Hauptquartier dem Feinde Material geliefert hätten;** dieses Material habe dem Feind die Möglichkeit gegeben, seine Angriffstaktik plötzlich zu ändern und das deutsche Heer innerhalb zweier Monate **zum Rückzug zu zwingen.**

Durch die Pressestelle der Nationalsozialistischen Freiheitspartei nimmt **Ludendorff** zu den Wiener Enthüllungen Stellung. Er erklärt::

1. Prinz Joachim von Preußen war nie in feindlicher Gefangenschaft.

2. **Kein** fremder Spion, in welcher Verkleidung es auch sei, hat mit Generalfeldmarschall von Hindenburg eine Besprechung gehabt.

3 Dem Generalstab im Großen Hauptquartier sind keine Schriftstücke entwendet worden.

Der „Miesbacher Anzeiger" tritt für die eventuelle Richtigkeit der amerikanischen Darstellung ein, indem er folgende Sätze aufstellt:

„Raten wir dem Herrn Reichstagsabgeordneten Ludendorff im Buche des Leiters des deutschen Nachrichtendienstes, Oberst Nicolai, nachzulesen, was dieser über die Julioffensive im Jahre 1918 geschrieben hat. Es ist klar, daß der Leiter des amerikanischen Geheimdienstes seine Enthüllungen maskiert, um nicht die Helfer in Deutschland zu gefährden. Es ist klar, daß Russel indirekt sagen wollte, wir haben im großen deutschen Hauptquartier Helfer gehabt. Diese Helfer waren deutsche Schufte, die vielleicht nicht nur von Hindenburg, sondern auch von Ludendorff empfangen wurden. Herr Ludendorff scheint das Buch von Lord Northcliffes Stellvertreter über die Feindpropaganda nicht genau gelesen zu haben. Wir behaupten ,im Großen Hauptquartier war vieles faul."

Der Artikel aus dem „Wiener Journal" gewinnt etwas an Wahrscheinlichkeit durch einen Armeebericht der „Neuyork Times" vom 31. Juli 1919, den wir nach dem Wortlaut des „Neuen Wiener Journals" hier wiedergeben:

„Washington, 31. Juli 1919. **Zwei deutsche „Militärgefangene"** sind auf dem Transportschiff „Agamemnon" nach Neuyork gebracht worden. Als Gegenleistung für außerordentlich wertvolle militärische Dienste, die sie dem amerikanischen Hilfsheer in Frankreich geleistet haben, stehen sie unter dem besonderen Schutz der amerikanischen Regierung. Man wird sie wahrscheinlich morgen nach Washington bringen und sie dem General Marlborough Churchill, dem Leiter des militärischen Geheimdienstes, übergeben. Alles, was wir heute abend noch über diesen Fall in Erfahrung bringen konnten, ist, daß die beiden Deutschen gegen gewisse Vergütungen dem amerikanischen Geheimdienst in Frankreich Auskünfte von hohem strategischen und militärischen Wert über Pläne des deutschen Generalstabes, sowie auch Rückzugslinien, Standorte und sonstige wichtige Einzelheiten, gegeben haben. Diese Mitteilungen haben es General Pershing ermöglicht, bei der großen Offensive in den Argonnen mit genauer Kenntnis eines großen Teiles der deutschen Pläne vorzugehen, wodurch die Verluste der Amerikaner bei diesen Kämpfen sehr vermindert wurden. In hohen militärischen Kreisen wurde es heute abend sehr bedauert, daß die unvorsichtige Ankündigung, solche Leute befänden sich unter den Passagieren des „Agamemnon" vorzeitig bekannt geworden ist."

Auch das Buch von Oberst W. **Nicolai,** dem Chef des Nachrichtendienstes der deutschen obersten Heeresleitung **„Geheime Mächte"** Verlag K. F. Koehler, Leipzig, verdient Beachtung. Dort befindet sich Seite 103 eine Stelle, die **sehr, sehr zu denken** gibt:

„Daß es möglich war, daß trotz aller Vorsichtsmaßregeln selbst Ausländer bis in das Große Hauptquartier vordringen konnten, bewies mir ein amerikanischer Journalist, der ohne jeden vorgeschriebenen Ausweis und ohne angehalten worden zu sein, mich in meinem Arbeitszimmer in der obersten Heeresleitung besuchte. Auch andere Vorfälle bewiesen die Leichtgläubigkeit der Aufsichtsbeamten und Truppen."

Oberst Nicolai setzte an die Spitze seines Buches die Worte: „Meinem Vaterland zur Warnung. Allen, die ihm wieder zur Freiheit verhelfen wollen, die deshalb von seinen Feinden bedroht sind, zur Lehre."

Damit schließen wir vorläufig die Betrachtung über das betrübende Kapitel der feindlichen Spionage."

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Politische Neuigkeiten

Die Numerierung der Stimmzettel

Der Reichsrat nahm eine Vorlage des Reichsministers des Innern an, wonach die **Kreiswahlvorschläge** der Parteien, die bisher bereits im Reichstag vertreten waren, **einheitlich** in allen Wahlkreisen für den Einheitsstimmzettel **die gleiche Nummer** tragen sollen. Die Nummernfolge richtet sich nach der Nummernfolge der **Reichswahlvorschläge**, die sich wiederum danach richtet, in welcher Stärke die Parteien Abgeordnete in den letzten Reichstag entsandten. Hiernach tragen die einzelnen Parteien folgende Nummern: SPD. 1, DNVPT. 2, Deutsche Zentrumspartei 3, Komm. 4, DVPT. 5, Deutschvölk. Freiheitspartei 6, Demokraten 7, Bayr.Volksp. 8, Bayr.Bauernbund 9, Landliste 10, Deutschhannov. 11 und Deutschsoziale 12. Die übrigen Kreiswahlvorschläge erhalten in den einzelnen Wahlkreisen die anschließenden Nummern in der Reihenfolge, in der die Vorschläge zeitlich bei den Kreiswahlleitern eingehen.

Das Komitee für die Sachlieferungen

Die in dem Londoner Protokoll vorgesehene Einsetzung eines Komitees für die Sachlieferungen ist durch die Reparationskommission erfolgt. Diesem Komitee gehören an: Für Frankreich **Aron**, für England Sir Thomas **Urwick**, Italien Major **Laviosa**, Belgien **Bemelmann** und für Deutschland Ministerialdirektor Dr. **Kunze**. Die Mitglieder des Komitees sind von der Reparationskommission für den 6. November zusammenberufen worden, um die offizielle Konstituierung vorzunehmen.

Wie der „Temps" berichtet, werden die deutschen Sachverständigen für die Lieferung von Kohle, Stickstoff und Farben, sowie die Sachverständigen in Transportfragen am Montag, den 10. November mit dem Komitee verhandeln. Am gleichen Tage werde auch die Frage geregelt werden, welche neutrale Persönlichkeit (wahrscheinlich ein amerikanischer Staatsbürger) bestimmt werden soll, um im Falle von Mißverständnissen zwischen den alliierten und deutschen Vertretern einen Schiedsspruch zu fällen. Können die Komiteemitglieder sich auf eine Persönlichkeit nicht einigen, dann steht der Reparationskommission die Regelung dieser Frage zu.

Abbau der Devisengesetzgebung

Von maßgebender Berliner Seite wird mitgeteilt: In der nächsten Nummer des Reichsgesetzblattes scheint eine Verordnung des Reichspräsidenten über die **Außerkraftsetzung von Devisenvorschriften**, wodurch das Markausfuhrverbot, der Devisenkommissar und die Devisenerfassung beseitigt, und in der die Reichsregierung ermächtigt wird, weitere Devisenvorschriften außerkraft zu setzen.

Der **zukünftige Rechtszustand** läßt sich kurz dahin zusammenfassen, daß ausländische Zahlungsmittel gegen inländische Zahlungsmittel bei Devisenbanken oder Wechselstuben, oder ausländische Geldsorten gegen inländische Zahlungssorten zu keinem höheren als dem letztbekannten Einheitskurs erworben werden dürfen. Geschäfte, bei denen Auslandswährung zur Bezahlung von Waren dient, und Geschäfte zwischen ausländischen Währungen sind also unbeschränkt zugelassen. Zum Erwerb ausländischer Zahlungsmittel gegen inländische Zahlungsmittel bedarf es weder der Handelskammerbescheinigung noch einer Genehmigung des Finanzamtes. Die Markabfuhr unterliegt nur noch den Beschränkungen des Kapitalfluchtgesetzes. Die Devisenablieferungspflicht fällt fort. Alle Meldeplichten werden beseitigt. Die Aufrechterhaltung der Währung fordert nach wie vor, daß bei einem Geschäft Bezahlung in ausländischer Währung nur in wirtschaftlich unbedingt gebotenem Umfange erfolgt. Es liegt im eigenen Interesse der Wirtschaft, daß diesen Erfordernissen genügend Rechnung getragen wird.

Verhaftung eines deutschen Offiziers in Frankreich

Der deutsche Oberstleutnant v. **Nathusius**, der anläßlich des Allerheiligentages nach Frankreich gekommen war, um das Grab seines Schwiegervaters auf dem Friedhofe von **Forbach** zu besuchen, ist durch die französische Polizei **verhaftet** worden. v. Nathusius soll durch das Kriegsgericht wegen angeblichen Diebstahls von Möbeln in Abwesenheit zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt worden sein. Er wurde nach Lille zur Verfügung des dortigen Kriegsgerichts gebracht.

v. Nathusius war in den 90er Jahren Rittmeister im DragonerReg. 6 in **Diedenhofen**, wurde nach dem Offiziersskandal im Train-Bataillon in **Forbach**, welcher bekanntlich die Broschüre „Aus einer kleinen Garnison" zur Folge hatte, mit der Führung des Train-Batillons unter Beförderung zum Major betraut. v. Nathusius war ein leidenschaftlicher Jäger, der mit den lothringischen Jagdkreisen auf bestem Fuße lebte, überhaupt in einheimischen Kreisen sich größter Beliebtheit erfreute.

Die Kommunistenverhaftungen. Zu dem Schreiben des kommunistischen Abgeordneten Rosenberg wegen strafrechtlicher Verfolgung der kommunistischen Abgeordneten, die Mitglieder der noch bestehenden Reichstagsausschüsse sind, berichtet der „Vorwärts", daß der **Reichstagspräsident** an den Innenminister ein Schreiben richtete, in dem er darauf hinweist, daß Mitglieder derjenigen Ausschüsse des Reichstags, die bis zum Zusammentritt des neuen Reichstags tätig sein können, ihre Immunität behalten, und in welchem er den Minister bittet, dahin wirken zu wollen, daß dieser Rechtslage entsprechend auch jetzt verfahren wird. Dieses Schreiben ging in Abschrift dem Abg. Rosenberg zu.

Kurze Nachrichten

Die geplanten Steuermilderungen. Wie aus Berlin gemeldet wird, beschäftigte sich das Reichskabinett Montag nachmittag in einer Sitzung mit den Vorschlägen des Reichsfinanzministers auf Herabsetzung der Einkommensteuern, der Umsatzsteuern und der Körperschaftssteuern. — Mehreren Blättern zufolge wird sich der Reichsrat heute Dienstag mit der Steuermilderung beschäftigen.

Die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen. Die unter Führung des Staatssekretärs **Trendelenburg** stehende deutsche Delegation für die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen begab sich nach dreiwöchiger Ruhepause wieder nach **Paris**, wo vereinbarungsgemäß am 5. Nov. die gemeinsamen Verhandlungen mit der französischen Delegation wieder aufgenommen werden.

Die Reparationslieferungen. Nach der vorläufigen Statistik über die Reparationskohlenlieferungen im September wurden Frankreich, Luxemburg, Belgien und Italien insgesamt 1 412 509 Tonnen Kohlen und Koks abgeliefert. Die Produktion aus den von den Einbruchsmächten in eigener Regie betriebenen Gruben und Kokereien sind in dieser Zahl nicht einbegriffen.

Wiederaufnahme der Arbeit in den Röchlingwerken. Aus Saarbrücken wird gemeldet: Nach 7wöchiger Aussperrung wurde in den Röchlingschen Werken in Völklingen Montag morgen die Arbeit unter den bereits gemeldeten Bedingungen wieder aufgenommen.

Die Bankangestelltengehälter. Wie der Allg. Verband der deutschen Bankangestellten mitteilt, ist die zwischen den Trägern des Reichstarifes für das deutsche Bankgewerbe auf den 5. Nov. vereinbarte Verlängerung des früheren Reichstarifvertrages heute durch die Reichsarbeitsverwaltung mit Wirkung ab 1. November 1924 für allgemein verbindlich erklärt worden.

Neuwahl des österreichischen Bundespräsidenten. Infolge der mit Ende dieses Jahres ablaufenden Amtszeit des Bundespräsidenten soll, wie in politischen Kreisen verlautet, die Neuwahl des Bundespräsidenten in der ersten Hälfte des Dezember stattfinden. Wie die „Wiener Allgemeine Zeitung" hierzu meldet, wird **Hainisch** die zu einem früheren Zeitpunkt abgegebene Erklärung, eine etwaige Wiederwahl nicht anzunehmen, wohl zurückziehen.

Die Teuerung in Polen. Der Lebensunterhalt in Polen ist im Laufe des Oktobers um 7,02 Prozent gestiegen.

Die Zusammensetzung des englischen Parlaments. Die Konservativen und die Liberalen haben bei den Parlamentswahlen noch je einen Sitz gewonnen. Der **Stand der Parteien** ist folgender: Konservative 411, Arbeiterpartei 152, Liberale 42 und Unabhängige 5. 5 Ergebnisse stehen noch aus.

Das französische Amnestiegesetz. Der gesetzgebende Ausschuß der französischen Senats hat nunmehr den Bericht über das von der Kammer bereits angenommene **Amnestiegesetz** fertiggestellt. Der Bericht verlangt u. a. die Amnestie der vom Staatsgerichtshof wegen Hochverrats verurteilten Abgeordneten **Malvy** und **Caillaux**.

Eine neue französische Zeitung in Straßburg. Dem „Journal de Génève" wird aus **Straßburg** gemeldet, daß im Laufe des Monats November im Elsaß eine neue französische Tageszeitung unter dem Namen „Journal de l'Est" erscheinen wird. Das Haupteinflußgebiet dieser Zeitung soll das Rheintal sein. Die Zeitung werde vor allem wirtschaftliche Fragen behandeln und, wie die Straßburger Meldung besagt, sicherste Dokumente über alles, was Deutschland betrifft, sammeln. Gleichzeitig soll sie ein neues Band zwischen der Schweiz und dem Elsaß bilden.

Die griechisch-albanische Grenze. Albanische Truppen besetzten gemäß der Entscheidung der Botschafterkonferenz 15 albanische Dörfer, die seinerzeit von den Griechen besetzt worden waren. Zwischenfälle ereigneten sich dabei nicht. Die Streitigkeiten zwischen Griechen und Albanien sind nunmehr erledigt.

Aus der Wahlbewegung

Reich

Aus den Parteien

Der sozialdemokratische Parteivorstand hatte am Montag in Berlin gemeinsam mit den Vertretern der **sächsischen Bezirksverbände** beschlossen, der sächsischen Landtagsfraktion zu empfehlen, den Antrag auf Auflösung des Landtages zurückzustellen und von anderer Seite gestellten Anträgen erst zuzustimmen, nachdem die Dresdner Vereinbarungen über die Ausschaltung der Streitigkeiten bei der Aufstellung der Landtagskandidaten und dadurch die Sicherheit für einen einheitlichen und geschlossenen Landtagskampf gegeben ist.

Wie aus parlamentarischen Kreisen verlautet, entschied sich der Reichswehrminister **Geßler**, der bisher die fünfte Stelle auf der demokratischen Reichswahlliste einnahm, endgültig dahin, **keinerlei Kandidatur** weder für die Reichsliste noch für eine Kreiswahlliste anzunehmen.

Der Vorstand der demokratischen Partei wählte einstimmig zum demokratischen Spitzenkandidaten für Berlin den Parteivorsitzenden Dr. **Koch**, nachdem mitgeteilt worden war, daß der frühere Parteivorsitzende **Fischbeck** einen sicheren Platz in der Reichsliste erhalten solle.

Zu der Nachricht, daß der Landesausschuß der **Bayerischen Volkspartei** das vom Vorstand der **Zentrumspartei** unterbreitete Wahlabkommen für undurchführbar erklärt hatte, jedoch bereit sei, den Boden des Vorschlags zu prüfen, wie er vom Reichskanzler Dr. Marx und dem Reichsjustizminister Höfle gegenüber den Abgeordneten der Bayerischen Volkspartei Leicht und Dr. Bauersdörfer am 20. Oktober gemacht worden sei, erklärt die „Germania", daß auch die Zentrumsseite zu **weiteren Besprechungen** bereit sei in der Hoffnung, daß sie zu dem Ergebnis führen werde, daß die Bayerische Volkspartei die Vorzüge des Vorschlages der Zentrumspartei doch noch anerkenne.

Eine Rede des Reichsbankpräsidenten Schacht

In einer großen demokratischen Versammlung in **Dessau** sprach am Montag nach sechsjähriger Pause Reichsbankpräsident Dr. **Schacht** erstmals wieder zu politischen Tagesfragen im Rahmen einer Wahlkundgebung der Partei.

Er führte u. a. aus, die Deutsche Demokratische Partei habe es gewiß außerordentlich schwer, weil sie es immer vermieden habe, Gefühls- und Phrasenpolitik zu treiben. Denn im großen und ganzen haben diejenigen den größten Erfolg, die an die Leidenschaften und Gefühle einer politischen Versammlung appellieren. Gerade in Zeiten des Unglücks aber hilft nichts anderes, als klare und ruhige Überlegung. Nach 12 Monaten demokratischer Politik ist heute die Feststellung notwendig, daß die **Parteien der Mitte**, die diese Politik getragen haben, sich, willig oder gezwungen, zu dieser Politik bekennen mußten und damit nichts anderes als demokratische Politik gemacht haben.

Wenn ich von dem Inhalt dieser Politik der letzten 12 Monate spreche, unterscheide ich drei große Probleme und Gedankengänge: Die Herbeiführung eines **Ausgleichs im Reichshaushalt**, d. h. die Aufstellung und Verwirklichung des Grundsatzes, daß man kein Geld ausgeben darf, wenn keines einkommt, die **Währungsreform**, d. h. die Schaffung eines gesunden stabilen Geldes und endlich das Bestreben, mit den **ausländischen Mächten**, denen wir mit Gewalt nicht beikommen konnten, auf dem Wege der **Verhandlungen** gegenüberzutreten und unter Hervorkehrung vernünftiger Gedanken auf einen vernünftigen Boden zurückzukommen. Diese Politik aber ist gemacht worden von den **Parteien der Mitte mit Unterstützung von links** und in fortdauernd schärfstem Kampf gegen rechts. Die Rechtsparteien haben diese Politik fortdauernd gefährdet. Dr. Luther hat dabei das Verdienst, daß er es unter stärkster Anspannung der Steuerschraube, unerhörtester Belastung der Wirtschaft und indem er das Odium der Billigung eines der größten geschichtlichen Unrechte, der Feststellung der Entwertung des Geldes auf sich nahm, es fertiggebracht hat, den Staatshaushalt zu balanzieren. Nur diese Balanzierung des Staatshaushalts und die Befreiung der Reichsbank von den großen Pumpen des Reiches hat die Stabilisierung der Währung ermöglicht. Wer die zwölf Monate Währungspolitik verfolgt hat und sieht, was jetzt fast erreicht ist, der erkennt, daß der Streit um die Vaterschaft der Rentenmark müßig ist. Dieses Werk war nicht getan dadurch, daß irgend jemand eine Idee in die Welt setzte, sondern es bedurfte eines schweren, von harten Kämpfen begleiteten Ringens, um dieses Ziel endlich zu erreichen, es bedurfte aber auch der **Kreditpolitik der Reichsbank**, die die versteckten Devisen herausholte und der Reichsbank zuführte. Es waren schließlich auch die Verhandlungen um den **Anleihekran** nötig und die Anleihe von 800 Millionen Goldmark selbst, die in die Reichsbank eingebracht

---

Sonderkonzert des bad. Landestheaters

Wilhelm Franz Reuß vom deutschen Opernhaus Charlottenburg stand nochmals vor dem Landestheaterorchester und zwar in einem **Sonderkonzert**, das auch eine Sonderbetrachtung verdient. Eine vorzügliche Haltung hatte gleich Berlioz's Ouvertüre „Römischer Carneval", unstreitig die am besten durchgearbeitete Leistung des Abends überhaupt. Wie selbstverständlich erklang jene — schwierige — rhythmische Leichtigkeit, wie eng war doch sofort der Kontakt zwischen Führung und Klangkörper! Da mußte man dem Dirigenten schon nachrühmen, daß er als Deuter dieser Partitur nicht bloß musikalische Sicherheit und technische Routine aufbrachte. Gegenüber diesem hochachtbaren Beweis gediegenen Könnens, der das geniale Werk weit über eine landläufige Wiedergabe hinaushob, verblaßte die Interpretation des „Don Juan" von R. Strauß merklich. An der Musizierfreudigkeit des Orchesters fehlte es zwar nicht, das folgte an diesem Abend den Intentionen (nicht Intonationen, wie gestern fälschlich zu lesen war!) des Dirigenten sehr willig, stilistische Bedenken tauchten angesichts der Gesamtauffassung auf, die aus diesem kunstvollen Gebilde feinster und abgefeimtester Nervenreize besonders im Mittelteil fast eine sentimentale Angelegenheit machte. Wer sich an die Art erinnert, wie Kleiber gerade hier in genialer Weise den Orchesterpart betreute und mit reichster Differenzierungskunst das erotische Feuerwerk aufleuchten und abbrennen ließ, wird der Behauptung beipflichten, daß diesmal es an künstlerischem Auftrieb mangelte und daß jene äußersten Spitzen der nachschaffenden Hand fehlten, in denen Straußens Wesen am konzentriertesten sich ausprägt.

Wenn man Reußens Dirigenteneigenschaften im Vergleich mit Kleiber zur Diskussion stellt, so bedeutet solche Nebeneinanderstellung immerhin ein hohes Maß von Wertschätzung. Es tut daher seinen guten Qualitäten auch keinen Abbruch, wenn man beim Namen Tschaikowsky abermals nach einem relativen Maßstab sucht, um seine schöpferischen Kräfte zu werten, und dabei zunächst an dessen begeistertsten und überzeugtesten, ja fanatischsten Interpreten denkt, an Nikisch nämlich, um objektiv aus solcher klassischer Perspektive das Gehörte nachzuprüfen. **Peter Tschaikowsky** gehört zu den Spitzen der russischen Produktion, ist aber gefährlich in manchem Manierierten und Gemachten. Nur liebevolle Politur in den Details und weise Rücksicht auf die Geburtsstunde der Werke, die leider in die elegante Salonmusikerzeit fällt, kann ihn restlos genießbar machen. Das war es, was Nikisch so ausgezeichnet verstand, und es war schließlich bei seiner verwandten Nationalität nicht einmal so sehr verwunderlich. Will man aber umgekehrt Tschaikowsky sozusagen im Sturmangriff nehmen, nun so kann man ihn ebensogut und schnell grausam massakrieren. Davon war allerdings bei der gestrigen Wiedergabe der Fünften in e-moll (op. 64) keine Rede, denn sie hielt sich so ziemlich in der Mitte der beiden Pole. Reuß gab den mit Gefühlsgehalt geladenen Teilen suggestive Gestaltungskraft, er versenkte sich mit enthusiastischer Inbrunst in den Walzer, doch blieb unter seiner Stabführung namentlich dem Finale die architektonisch sorgliche Gliederung versagt. Ein so starkes Tongewoge flutete da gleich zu Anfang auf, daß eine Steigerung und weitere Entwicklung unmöglich wurden. Dadurch verlor das starkbewegte Orchester zusehends an plastischer Ausdruckskraft, auch durch ein weitgehenderes Zu- und Abnehmen im Tempo hätte der extremen Dynamik entgegengearbeitet werden können. Faßt man das Ergebnis des Abends zusammen, so bleibt trotzdem über die intellektuelle und künstlerische Fähigkeit des Dirigenten genug des Guten zu sagen übrig, und ebenso ist der zielbewußte Energieantrieb, den er klar und unabhängig oft mit beiden Armen dem Orchester aufzwang, unbedingt positiv zu werten. Der Jubel, der ihm und dem Orchester entgegenbrandete, kam aus ehrlichster Begeisterung und war wohlverdient. H. Sch.

Das Walzensegelschiff

Über eine umwälzende Erfindung auf dem Gebiet der Schiffahrt teilt der Flettner-Konzern mit: Anton **Flettner**, der bekannte Erfinder des Flettner-Ruders, das während des Krieges im Flugzeugbau und in den letzten Jahren in der See- und Flußschiffahrt immer größere Verwendung gefunden hat, bringt für die Seeschiffahrt eine neue Umwälzung, durch welche einerseits das Jahrtausend alte Segel verdrängt wird, andererseits aber die **Windkraft** aufs neue in weitestgehendem Maße auch für die **allergrößten Ozeanreisen** wieder ausgenutzt werden kann. Das neue Windkraftschiff, welches von der **Fried. Krupp Germaniawerft**, Aktiengesellschaft, Kiel, nach der Flettnerschen Idee gebaut ist, bietet ein ungewohntes Bild. Zwei haushohe, drei Meter dicke, glatte Metallwalzen sind an Stelle der Masten und der Leinwandbesegelung getreten. Die Leistung dieser Zylinder, welche sich in der Minute ungefähr hundert Mal drehen, ist 15 mal so groß wie die des modernsten Segels. Der Flettner-Konzern hat die physikalischen Vorarbeiten, welche sich auf dem in der Wissenschaft seit 1853 bekannten Magnus-Effekt aufbauen, in der Aerodynamischen Versuchsanstalt der Universität Göttingen im Laufe des letzten Jahres durchgeführt. Die Hamburg-Amerikalinie und die Fried. Krupp Germaniawerft, Aktiengesellschaft, Kiel, sind an dem Unternehmen beteiligt. In der letzten Woche fanden **die ersten Fahrten** mit dem neuartigen Schiff auf der Ostsee statt, welche der Flettner-Gesellschaft einen außerordentlichen Erfolg brachten. Die Erwartungen wurden in jeder Hinsicht weit übertroffen. In den wissenschaftlichen Kreisen der ganzen Welt hat die kühne Idee Flettners, den Magnus-Effekt zur Ausnutzung der Windkräfte heranzuziehen, gewaltiges Aufsehen erregt. Die selbst von führenden Fachleuten bezweifelte praktische Anwendungsmöglichkeit ist durch die Fahrten des Flettner-Motorschiffes „Bukkau" der Hanseatischen Motorschiffahrts-A.-G. Hamburg, voll und ganz erwiesen. Es zeigt sich, daß man mit dieser neuartigen, hochwertigen Segelmaschine, die im Verhältnis zu dem früheren Segelareal sehr klein ist und deren Bedienung auch bei den allergrößten Schiffen, auf denen sonst hunderte von Menschen notwendig waren, von einem einzigen Mann auf elektrischem Wege erfolgen kann, in erstaunlicher Weise die Windkraft, die auf dem Meer in gewaltigem Maße vorhanden ist, auch für die Groß-Seeschiffahrt ausnutzen kann. Durch die Anwendung dieser Windkrafteinrichtung wird eine Betriebskostenersparnis von 50 bis 80 Prozent erzielt werden, welche geeignet sein wird, den Seefrachtenverkehr und damit die ganze Wirtschaft tiefgreifend zu beeinflussen. Weiterhin ist nicht zu übersehen, welche Auswirkung diese hochbedeutsame Erfindung auf den verschiedenen Gebieten der Technik haben wird. Es muß uns Deutsche mit besonderem Stolz erfüllen, daß in der schweren Zeit, die wir jetzt durleben, deutscher Geist auch in diesem überaus wichtigen Zweige der Technik neue, bisher ungeahnte Wege und Möglichkeiten bahnt. Herr Flettner (deutscher Nationalität) ist Direktor der M. V. Instituut voor Aero-en Hydro-Dynmick, Amsterdam, der Flettner Schiffsruder G. m. b. H., Berlin und der

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

wurden. In rechtsstehenden Blättern wurde noch wenige Wochen vor Abschluß der Anleihe gesagt, die Anleihe würde doch nicht gelingen. Später, als sie gelungen war, hieß es, das sei kein Kunststück gewesen. Wenn ich mich an die Stimmung bei den Herren des Expertenkomitees im Januar und jetzt erinnere, dann muß ich bekennen, daß ich ein ungewöhnliches Vertrauen zu der Macht des menschlichen Geistes bekommen habe. Wenn ich mit Kanonen und Maschinengewehren begründet hätte, hätte ich keinen größeren Erfolg erzielen können, als ich ihn deshalb gehabt habe, weil ich als ehrlicher Mann unter diese Leute getreten bin und ihnen in jeder Phase das Unvernünftige ihres Beginnens vor Augen gehalten habe, und nur so einen Eindruck erzielen konnte. Wir sollen nun nach Ablauf von vier Jahren jährlich 2,5 Milliarden zahlen. Das ist eine ungeheure Belastung, aber ich weise darauf hin, daß das Londoner Ultimatum uns zur Zahlung von 132 Milliarden Goldmark verpflichten wollte. Wenn 2,5 Milliarden kapitalisiert werden, kommt man vielleicht auf ein Drittel dieser Summe, einschließlich der Besatzungskosten. Ich habe die berechtigte Hoffnung, daß deshalb der Gegner die Besatzungskosten nicht zu hoch werden läßt. Ich erwarte daraus Rückwirkungen auf den Umfang der Besatzung. Wir haben jetzt auch die definitive Stabilisierung unserer Währung. Der **Goldschatz der Reichsbank**, der den Notenumlauf decken muß, ist wesentlich größer, als es für den jetzigen Notenumlauf nötig wäre. Das besetzte Gebiet ist in jeder Beziehung wirtschaftlich geräumt worden, der Separatismus ist von der Bildfläche verschwunden. Das Dawes-Gutachten setzt als Losung für unsere Zahlungen voraus, daß das deutsche Volk wirtschaftlich gleichberechtigt mit anderen Völkern behandelt wird und daß dies unter allen Umständen seine Währung stabil erhalten muß und darf. Keine Zahlungen dürfen ins Ausland gehen, wenn dadurch die Währung bedroht wird. Die **deutsche Mark** ist also auch nach dem Gutachten **international gesichert**. Diese unsere demokratische Politik hat dazu geführt, das nationale Einigkeitsgefühl wieder zur Geltung zu bringen. Die demokratische Politik war eine **nationale Politik**, das haben ihre Erfolge gezeigt. Wenn ein Feldherr vier Jahre lang Siegesdepeschen nach Hause schickt und plötzlich binnen 24 Stunden einen Waffenstillstand fordert, dann ist das „Pflichterfüllung bis zum äußersten". Wenn aber jemand die Tatsachen ins Auge faßt und sich nicht blenden läßt, sondern alles versucht, daß das deutsche Volk nicht noch einmal ins Unglück gerät, dann heißt es: „Landesverrat"! Wir können uns auch heute nicht heimlich zu einem Kriege rüsten bei unserer Verarmung und der Situation in Deutschland. Die Politik des Maulheldentums ist eine absolut unnationale, oder könnten wir uns hinter Moskau zurückziehen und uns durch Selbstvernichtung retten? Selbst der einzelne hat heute kein Recht zur Selbstvernichtung. Ein politischer Führer aber, der so etwas ausspricht, der soll mit sich den Anfang machen. Wir wollen wieder eine Reihe von Jahren **in Ruhe arbeiten**, und hernach sehen, wie die Welt aussieht, wir wollen Zeit gewinnen, um unsere Kräfte zu stählen und dann wird sich zeigen, was wir wirtschaftlich und technisch zu leisten vermögen. Ich habe die feste Überzeugung, daß in einer Reihe von Jahren die Welt ganz anders über die politische Zusammensetzung der Landkarte von heute denken wird. Wir wollen an der Politik festhalten, die uns aus unserem Elend herausgeführt hat.

Badischer Teil

Verband badischer Gemeinden

Am 28. Oktober fand in **Offenburg** eine Vorstandssitzung des Verbandes badischer Gemeinden statt, wobei u. a., wie uns mitgeteilt wurde, folgende Beschlüsse gefaßt wurden:

1. **Beteiligung der Gemeinden an der Einkommen- und Körperschaftssteuer.** Bei der Regierung ist wiederholt zu beantragen, daß die Steuerhoheit den Ländern und Gemeinden zurückzugeben sei, da die Unterverteilung der Einkommensteuer unter die Gemeinden zu erheblichen Ungleichheiten und Schädigungen geführt hat und da auch in Zukunft ein brauchbarer Verteilungsschlüssel nicht gefunden werden kann. Zunächst sollen Verhandlungen hierwegen mit dem Badischen Städteverband und mit dem Badischen Städtebund stattfinden.
2. **Bördersteuerungssteuer.** Die Bördersteuerungssteuer wird allseits als zu hoch empfunden und übersteigt zweifellos die Selbstkosten des Staates. Ein Antrag auf Ermäßigung soll nach Benehmen mit dem Waldbesitzerverband wiederholt gestellt werden.
3. **Wertzuwachssteuer.** Dem Beschluß der diesjährigen Hauptversammlung entsprechend soll bei der Regierung die Wiedereinführung der Wertzuwachssteuer beantragt werden.
4. **Gebäudesondersteuer.** Bei der Regierung ist zu beantragen, daß der Staatsanteil in Zukunft nicht sofort, sondern erst zwei Monate nach dem Eintreibungsmonat abzuliefern ist, da die Gemeinden außerstande sind, den Staatsanteil aus eigenen Mitteln vorzuschießen.
5. **Reichsgesetz für Jugendwohlfahrt.** Zum Entwurf des badischen Ausführungsgesetzes sind Abänderungsanträge beim Justizministerium zu stellen.
6. **Forstpersonal.** Einem Bestreben, das Forstpersonal der Gemeinden zu verstaatlichen, soll entschieden entgegengetreten werden.
7. **Laubstreunutzung.** Beim Finanzminister ist nochmals zu beantragen, daß die Laubstreunutzung im Rahmen des Gemeinderechts und des Forstgesetzes zugelassen wird. Unter Umständen soll über die Rechtsgültigkeit der einschränkenden Verordnung eine verwaltungsgerichtliche Entscheidung herbeigeführt werden.
8. **Sicherung einer einheitlichen Regelung der Beamtenbesoldung.** Gegen den Gesetzentwurf über die Abänderung des Landesgesetzes zur Sicherung einer einheitlichen Regelung der Beamtenbesoldung bestehen keine Bedenken. Dagegen wird die im Verordnungsentwurf vorgesehene Entscheidungsgebühr für zu hoch angesehen. Der Regierung sind Abänderungsvorschläge vorzulegen.
9. **Kurzarbeiterunterstützungen.** Die Kurzarbeiterunterstützungen sollten nach Auffassung des Vorstandes nicht aus Mitteln der Gemeinden, sondern aus Mitteln der Erwerbslosenfürsorge gewährt werden. Unter Umständen sind die Kurzarbeiter in die gehobene Fürsorge der Bezirksfürsorgeverbände zu übernehmen.
10. **Sechste Ausführungsverordnung über die Erwerbslosenfürsorge.** Der Vorstand spricht sich entschieden dagegen aus, daß die Beiträge einer zentralen Stelle abgeliefert werden sollen, um sie später wieder an die Arbeitsämter zurückzugeben, weil damit unliebsame Verzögerungen bei Auszahlung der Unterstützungen und andere Erschwerungen verbunden sind. Gegen die beabsichtigte Zentralisierung, die sich bei der Reichseinkommensteuer in keiner Weise bewährt hat, ist bei der Regierung Stellung zu nehmen.
11. **Wandererfürsorge.** Der Vorstand hält eine Regelung der Wandererfürsorge für erforderlich und beschließt, die Bezirksvorsitzenden des Verbandes mit entsprechenden Weisungen zu versehen.
12. **Angestelltenversicherung.** Gegen die Erhöhung der Versicherungspflichtgrenze von 4000 auf 5000 Mark bestehen keine Bedenken.
13. **Zweites Gesetz über Änderung der Unfallversicherung.** Der Wegfall des Zulagewesens und die Umstellung der alten Renten auf Goldmarkbeträge sowie der beabsichtigte Ausbau in der Unfallversicherung wird gutgeheißen.
14. **Gegen die Aufhebung der Steuereinnehmereien** soll nochmals entschieden Stellung genommen werden.
15. **Gebäudeversicherung.** Die hauptamtliche Einstellung von Bezirksbauschätzern verteuern nach Auffassung des Vorstandes die Verwaltungskosten der Gebäudeversicherungsanstalt und soll unterbleiben, da ein Bedürfnis hierzu nicht vorliegt. Der Regierung ist Vorlage hiernach zu erstatten.

Der badische Schwarzwaldverein

hatte seine Mitglieder auf Sonntag Nachmittag zu einer außerordentlichen Generalversammlung nach **Freiburg** eingeladen, um zur **Frage der Erstellung eines Gefallenendenkmals** Stellung zu nehmen und eine Klärung derselben herbeizuführen.

Der Präsident, Geheimrat Dr. K. **Seith**, leitete die Versammlung, die von 43 von 86 Ortsgruppen besucht war. Geheimrat Seith teilte mit, daß der bei der diesjährigen Hauptversammlung einstimmig gefaßte Beschluß, bei Allerheiligen ein Denkmal nach einem Entwurf von Architekt **Meckel** (Freiburg) zu errichten, nachträglich bei verschiedenen Ortsgruppen auf Einwendungen und Widerstand gestoßen sei. Das Denkmal selbst stelle eine kreisrunde Säulenhalle aus 10 Säulen dar die nach oben offen ist. Im Innern der Halle soll eine allegorische Figur Aufstellung finden, die eine vom Kampf ermatteten Jüngling darstellt. Die Kosten des Denkmals werden auf 43 000 Mark geschätzt, die durch einen Pflichtbeitrag von 1 Mark pro Mitglied sowie durch freiwillige Beiträge aufgebracht werden sollen. Das Denkmal soll auf einem kegelförmigen Hügel zwischen der Klosterruine Allerheiligen und den ehemaligen Klosterwiesen inmitten schöner Schwarzwaldtannen errichtet werden. Der Vorschlag einiger Ortsgruppen gehe nun dahin, das Denkmal in Verbindung mit einem Unterkunftshaus zu erstellen, ein Plan, der jedoch der Hauptvorstand nicht für angebracht halte. Ein Unterkunftshaus, wo es oft recht lustig zugehe, sei keine würdige Stätte der Totenehrung. Der Notwendigkeit der Errichtung von Wanderheimen müsse durch Erbauung kleiner Hütten mit etwa 20 Betten seitens der Ortsgruppen Rechnung getragen werden. Der Redner stellte schließlich den Antrag, den Beschluß der diesjährigen Hauptversammlung einstimmig gutzuheißen. Nach lebhafter Debatte, in der die Meinungen für und wider zum Ausdruck kamen, wurde über den Antrag abgestimmt. Die Abstimmung ergab eine große Mehrheit für den Antrag, wonach es bei dem Beschluß, das Denkmal nach dem Entwurf von Architekt Meckel auszuführen, bleibt. Schließlich wurde noch mitgeteilt, daß die Arbeiten zur Herausgabe des **Pflanzenwerkes** wieder aufgenommen seien. Die Neuauflage werde auch die Pflanzenwelt des Hegau und des württembergischen Schwarzwaldes berücksichtigen.

Vom badischen Sängerbund

Die sehr gut besuchte und harmonisch verlaufene Hauptversammlung des badischen Sängerbundes in **Wertheim** am 26. Oktober wählte einstimmig in den Haupt- bezw. Musikausschuß folgende Herren: Bundesobmann Dr. Oskar **Metzger**, Rechtsanwalt, Freiburg, Bundesschriftführer Karl **Maier**, Ratschreiber, Offenburg, Bundesrechner Franz **Meier, Kaufmann**, Offenburg, Beisitzer Karl **Hechler**, Hauptlehrer a. D., Mannheim, und Professor **Münch**, Oberrealschuldirektor, Bruchsal. Musikausschuß: Bundeschormeister **Weidt**, Heidelberg, Musikdirektor **Gellert**-Mannheim, Seminarobermusiklehrer **Rahner**-Karlsruhe, Kapellmeister **Kassimir**-Karlsruhe, Musikdirektor **Kramer**-Offenburg, Obermusiklehrer **Götze**-Pforzheim. Die nächstjährige Hauptversammlung wird in **Gaggenau** stattfinden. Der badische Sängerbund zählt zurzeit 1012 Vereine mit rund 43 000 Sängern.

Tagung

Der **evangelische Bund** feierte am Sonntag sein diesjähriges **badisches Landesfest** in **Müllheim**. Die Festlichkeit wurde mit einem Gottesdienst eingeleitet, in dem Oberschulrat D. **Mosapp** eine Predigt hielt. In der nachmittags in der Festhalle abgehaltenen Festversammlung begrüßte D. Kolb-Tannenkirch die erschienenen Vertreter auswärtiger Bundesgruppen. Im Anschluß hieran sprach Direktor Dr. **Stulz**-Karlsruhe über „Evangelische Kirche und Vaterland". Hierauf sprach Jugendpfleger Rösinger-Mannheim über „Evangelische Kirche und deutsche Jugend". Der Abend vereinigte die Bundesmitglieder zu einer Festveranstaltung, in der D. Jäger-Freiburg über Reformation und Christentum sprach.

Kommunale Rundschau

Der Karlsruher Bürgerausschuß tritt am Freitag nach zweimonatlicher Ruhepause wieder zusammen. Die stadträtliche Vorlage über die Herabsetzung der Gas- und Strompreise wurde von den Rednern sämtlicher Parteien lebhaft begrüßt, auch die Beibehaltung der monatlichen Ablesung, wobei der Wunsch nach Wiedereinführung der Gasautomaten geäußert wurde. Ein kommunistischer Antrag ersuchte um Herabsetzung des Gaspreises auf 16 Pfg. und des Strompreises auf 38 Pfg. Oberbürgermeister Dr. **Finter** erklärte, daß die vom Stadtrat vorgeschlagenen neuen Preise die unterste Grenze des Möglichen darstellen, da eine weitere Herabsetzung die städtischen Werke gefährden würden. Die stadträtliche Vorlage wurde angenommen und somit folgende **neue Preise** mit der ab 1. November 1924 beginnenden Ablesung, die im Wesentlichen den Oktoberverbrauch erfaßt, eintreten: **Gaspreis** 17 Pfg. für den Kubikmeter (statt bisher 19 Pfg.), **Strompreis** für Lichtstrom 40 Pfg. für die Kilowattstunde (statt bisher 42 Pfg.), für Kraft- und Heizstrom 22 Pfg. für die Kilowattstunde (statt bisher 26 Pfg). Mit einer kleinen Änderung wurden die Gemeindesatzungen für das Gewerbegericht und Kaufmannsgericht in der vom Stadtrat vorgeschlagenen Fassung angenommen, ebenso eine Vorlage über Grundstückserwerb. Das von der Stadt erworbene Anwesen, Kapellenstraße 74, wird zum Teil die projektierte Neuführung der Kapellenstraße aufnehmen.

Die Vorwürfe gegen das Karlsruher städtische Milchamt. Im Karlsruher „Residenz-Anzeiger" war im Dezember 1922 und Januar 1923 eine von Redakteur Julius **Beeser** verfaßte Artikelreihe erschienen, in der die Geschäftsführung des städtischen Milchamtes einer scharfen Kritik unterzogen wurde. Außerdem enthielt eine Nummer eine Briefkastennotiz, in der von stadträtlichen Metzelsuppen auf den Gutshöfen gesprochen wurde. Der Stadtrat hat deshalb gegen Herrn Beeser Strafantrag gestellt. Herr **Beeser** hat nun folgende **schriftliche Erklärung** abgegeben: „Ich habe bereits in der Abfassung der Artikel ausdrücklich betont, daß es mir durchaus ferngelegen hat, die amtliche Tätigkeit des zuständigen Bürgermeisters, dessen persönliche Ehrenhaftigkeit mir stets über jedem Zweifel stand, irgendwie herabsetzen oder ihn gar persönlich kränken und beleidigen zu wollen. Aus den inzwischen geführten umfangreichen Untersuchungen der Vorgänge im Milchamt habe ich mich überzeugt, daß sich meine Informationen in Angelegenheiten des Milchamtes in wesentlichen Punkten auf **unrichtige Mitteilungen** gestützt haben und daß auch die Anspielung auf die stadträtlichen Metzelsuppen in der Tat jeder sachlichen Unterlage entbehrt. Weiterhin nehme ich die für den Bürgermeister beleidigenden Satzwendungen mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück. Die der Stadt bei Zurücknahme des Strafantrages erwachsenden Gerichtskosten verpflichte ich mich zu übernehmen und gebe meine Einwilligung dazu, daß diese Erklärung im Stadtratsbericht bekanntgemacht wird." Der Stadtrat zieht darnach den gegen Herrn Beeser gestellten Strafantrag zurück.

Die Verwendung des Überschusses der Stadt Mannheim ist im Mannheimer Bürgerausschuß vorerst **vertagt worden**. Der Bürgerausschuß stimmte einem Stadtratsbeschluß zu, sämtliche Abänderungsanträge — nach einer durch den Oberbürgermeister abgegebenen Erklärung haben alle Fraktionen derartige Anträge eingereicht — einem **gemischten Ausschuß** zu überweisen, der sich aus 6 Stadträten und 12 Stadtverordneten zusammensetzt. Außerdem gehört diesem Ausschuß der Oberbürgermeister und der Obmann des Stadtv.-Vorstandes an. Eine Vorlage, die 800 000 M. zur Beschaffung zweier weiterer Kabel zu besseren Verbindung des städtischen Elektrizitätswerkes mit dem Großkraftwerk anforderte, wurde einstimmig angenommen.

Die Getränkesteuer der Gemeinden. In einer Zuschrift von städtischer Seite wird auf die wichtige Rolle hingewiesen, welche die Getränkesteuer in den Gemeindehaushalten einnehme. Das Jahreserträgnis dieser Steuer werde sich teilweise wohl ebenso hoch wie der städtische Anteil an der Reichsumsatzsteuer stellen. Es sei offensichtlich, daß der Wegfall einer derart hohen Einnahme auf andere Weise unbedingt wieder ausgeglichen werden müßte. Bei dem Mangel an sonstigen eigenen Steuerquellen verbliebe den Gemeinden daher nur die Möglichkeit, die Umlage entsprechend zu erhöhen. Anstelle einer leicht getragenen Abgabe, so heißt es in der Zuschrift weiter, würde dann die hart empfundene und schwer aufzubringende Steuer aus dem Grund- und Hausbesitz und den Gewerbebetrieben noch drückender werden. Berücksichtige man ferner den Umstand, daß die Verwaltungskosten der Getränkesteuer sich in sehr engen Grenzen halten (im allgemeinen etwa 4 Prozent des Steueraufkommens), so dürfte es keinem Zweifel unterliegen, daß die Aufhebung dieser Steuer, die notwendigerweise eine andere härtere Belastung zur Folge hätte, den Allgemeininteressen direkt zuwiderlaufen würde.

Die Einlageguthaben bei der Städtischen Sparkasse Karlsruhe haben mit dem Oktoberende die Summe von einer Million Goldmark überschritten. Der Sparbetrieb ist erfreulicherweise wieder reger geworden.

Der Bürgerausschuß Ettlingen hat der vorgeschlagenen Erhöhung des Kredits für städtische Baudarlehen von 65 000 auf 80 000 Mark einmütig zugestimmt. — Zu einer längeren Erörterung gaben die Satzungen der Städt. Sparkasse Veranlassung, namentlich die Frage, ob der Verwalter der Städt. Sparkasse vom Bürgerausschuß oder vom Verwaltungsrat der Kasse ernannt werden solle. Schließlich entschied sich das Kollegium mit zwei Stimmen Mehrheit dafür, die Ernennung dem Bürgerausschuß vorzubehalten.

Aus der Landeshauptstadt

Ehrung der Gefallenen. Wie schon in früheren Jahren, fand auch am letzten Sonntag auf dem Ehrenfriedhof für die Gefallenen des Weltkrieges eine würdige Feier statt, zu der Staatspräsident Dr. **Köhler**, Oberbürgermeister Dr. **Finter**, das Offizierkorps der Landespolizei und andere erschienen waren. Kaplan **Seyfried**, der während des Weltkrieges kath. Feldgeistlicher war, hielt die Gedenkrede. Kränze wurden niedergelegt vom Reichsbund der Kriegsbeschädigten, den Militärvereinen, Reichsbanner und Landespolizei. Samstag vormittag veranstalteten die Karlsruher Polizeibeamten für ihre im Krieg gefallenen Kameraden eine stimmungsvolle Gedächtnisfeier im Vestibul des Bezirksamts, wo die Gedenktafel für die Gefallenen angebracht ist. Unter den Gästen bemerkte man den Landeskommissar, den Oberbürgermeister und den Polizeioberst Seneca. Ein mehrstimmiger Chor von Polizeibeamten weihevoll vorgetragen, eröffnete die Feier. Nach zwei weiteren Vorträgen hielt Polizeikommissar **Buhles** die Gedächtnisrede und gelobte dabei den für Reich und Heimat gefallenen Kameraden Treue um Treue. Nach dem Vortrag eines Gedichtes legte die Tochter eines der gefallenen Beamten an dem mit frischem Grün geschmückten Gedenkstein einen Kranz nieder, weitere Vorträge beschlossen die kurze, aber eindrucksvolle Feier.

M. V. Flettners Scheepsnoer Maatschappij, Rotterdam. Das heute in der Welt überall bekannte Flettner-Ruder und die oben erwähnte neue Segelmaschine bilden nur einen Teil der epochemachenden Flettnerschen Erfindungen, welche die Anwendung der Erkenntnisse der Aerodynamik für die verschiedenen Zweige der Technik betreffen. Im nächsten halben Jahre wird vor den Toren Berlins auf einem 100 Meter hohen Turm ein Versuchslaboratorium gebaut werden, welches den Zweck hat, die Errichtung von Groß-Windelektrizitätswerken nach dem Flettner-Prinzip vorzubereiten. Andere Arbeiten und Untersuchungen des Flettner-Konzerns bewegen sich auf dem Gebiete eines neuartigen hochwertigen Flugzeugflügels von bisher nie gekannter Leistung. Auf den verschiedenen Arbeitsgebieten sind außer der Fried. Krupp Germaniawerft, Aktiengesellschaft, und der Hamburg-Amerika-Linie u. a. das Rheinische Braunkohlensyndikat, die Interessengemeinschaft Daimler (Mercedes-Benz), die Siemens-Schuckert-Werke (auf dem Flugzeuggebiet), die Firma Wm. H. Müller & Co. und die Wiltonwerft in Rotterdam beteiligt, auf dem Gebiete des Groß-Windkraftelektrizitätswerkes die Deutsche Maschinenfabrik Aktiengesellschaft Demag Duisburg, die Mannesmannröhren-Werke Düsseldorf und die Bergische Stahlindustrie, Remscheid. Die Flettnerschen Erfindungen bewegen sich auch auf dem Gebiet des Luftschiffbaues. Die Zeppelin-Gesellschaft, ebenso die Good Yeer Zeppelin Newyork, verhandelt mit der Flettner-Gesellschaft bezüglich gemeinsamer Arbeit auf diesem Arbeitsgebiet. Die Wichtigkeit der Bestrebungen Flettners hat als erster Graf Zeppelin erkannt und dieselben bis kurz vor seinem Tode in tatkräftigster Weise gefördert. Bisher ist über dieses Arbeitsgebiet, abgesehen von dem überall bekannten Ruder, absichtlich wenig veröffentlicht worden. Zum ersten Male hat Flettner vor einiger Zeit über die Bedeutung seiner Arbeiten für die Energiewirtschaft in kleinerem Kreise gesprochen. Bei diesem Vortrage waren zugegen der Reichspräsident, verschiedene Minister, Gelehrte und hervorragende Persönlichkeiten aus dem Wirtschaftsleben, u. a. Dr. Stinnes.

Landestheater. Intendant Volkner wurde vom Verwaltungsrat des Verbandes der deutschen gemeinnützigen Theater auf Vorschlag der Vereinigung deutscher Theaterintendanten zum Mitglied des Ausschusses für künstlerische Fragen anstelle des verstorbenen Generalintendanten Dr. Zeitz-München gewählt.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Postprotestaufträge. Die Protestierung von Wechseln mangels Zahlung kann auch durch Postbeamte erfolgen. Zu diesem Zweck ist s. Zt. der Postprotestauftrag eingeführt worden. Die Bestimmungen dieses Verfahrens und die damit verbundenen Vorteile, besonders für Wechsel über kleinere Beträge, scheinen nicht genügend bekannt zu sein. Der Vorteil liegt zunächst in der Billigkeit des Verfahrens. Die Postprotestgebühr ist sehr niedrig (1 M.), außerdem wird die Protesterhebung für Wechsel, die an kleinen, abgelegenen Orten ohne Notar oder ohnen einen zur Aufnahme von Wechselprotesten befugter Gerichtsbeamten verteuert. Sodann ist beim Postprotestauftrag die rechtzeitige Protestierung besser gesichert als beim gewöhnlichen Postauftrag, da bei ersterem die Weitergabe des Wechsels an den zuständigen Gerichtsbeamten usw. wegfällt.

Der photographische Wettbewerb des Badischen Verkehrsverbandes in Karlsruhe wurde von 164 Bewerbern aus allen Teilen Deutschlands mit 2133 Bildern beschickt, die durchweg vorzüglich waren. 244 Bilder konnten als Serien- und Einzelbilder prämiiert werden. Den 1. Preis mit 300 Mark erhielt Wilhelm Denzer, Musiklehrer in Freiburg.

Die neuen Reichspfennige. Gestern wurden in Berlin die ersten neuen Reichspfennigmünzen und zwar Stücke zu 1, 2, 5 und 10 Pfennig herausgegeben. Die Größe und Metallegierung ist dieselbe wie bei den Rentenpfennigen.

Dienstjubiläum. Auf eine ununterbrochene dreißigjährige Tätigkeit bei der Staatspolizei, davon 25 Jahre bei der Kriminalpolizei, konnte am 1. November Kriminaloberinspektor **Thomas Schumacher**, hier, zurückblicken. Schumachers Name hat sowohl in Baden, als auch in den übrigen deutschen Staaten und auch im Ausland einen guten Klang. Die Beamten der Kriminalpolizei ehrten ihren Führer durch Übergabe eines Blumengebindes. Die Gefangsabteilung brachte dem Jubilar ein Ständchen. In einer kurzen Ansprache wies der Vorsitzende des Polizeibeamtenvereins, Pol.-Kommissär **Buhles**, auf den gefahrvollen Dienst der Polizei und auf die Verdienste Schumachers hin mit dem Wunsche, daß er seiner Familie und dem Staate noch lange erhalten bleiben möge.

Besitzwechsel. Zu einer Blättermeldung betr. Verkauf des Schloßhotels an Herrn Fritz Gabler-Heidelberg wird mitgeteilt, daß der Verkauf nicht zustandegekommen sei, da der Pächter des Hotels sein Vorkaufsrecht geltend mache. Das Schloßhotel geht somit am 1. Januar um den Preis von Mark 800 000 an den Pächter **Wälde** über.

Vortrag Paul Bekker. Morgen, Mittwoch, abends 8 Uhr spricht im Künstlerhaus **Paul Bekker**, der bekannte Frankfurter Musikschriftsteller, über **„Neue Musik"**. Das Thema des Vortrags ist deshalb besonders interessant, da gerade Paul Bekkers Name mit dem Problem der jüngsten Musikentwicklung eng verknüpft ist. Durch ihn, den scharfen Denker und Kritiker, hat die gegenwärtige Generation der Tonsetzer manche entscheidende Anregung erhalten. Da hier in Karlsruhe bis jetzt leider sehr wenig Gelegenheit war, sich positiv mit dem modernsten Musikschaffen auseinanderzusetzen, verdient der Abend, der eine Reihe von Vorträgen über **„Das neue Weltbild"** eröffnen soll, weitgehendste Beachtung. Sein Besuch ist daher allen wirklich ernsten Musikfreunden dringend zu empfehlen. Den Kartenvorverkauf hat die Konzertdirektion **Kurt Neufeldt** (Waldstraße) übernommen. Auch an der Abendkasse werden voraussichtlich noch einige Karten erhältlich sein.

Landestheater. Am heutigen Dienstag gelangt Lortzings „Zar und Zimmermann" zur Wiederholung. Am Donnerstag, den 6. erfolgt die erste diesjährige Aufführung von Richard Strauß „Rosenkavalier" unter der musikalischen Leitung des Herrn Staatskapellmeisters Lorentz. Die Partien des Faninal und der Jungfer Leitmetzerin werden erstmalig von Herrn Loichinger und Frl. Baß gesungen, die Besetzung der übrigen Partien ist die gleiche wie im vorigen Jahr. — Wie bereits bekanntgegeben, findet am Sonntag, den 9. und Dienstag, den 11. Nov. ein zweimaliges Gastspiel des berühmten russischen Baritons George Baklanoff statt, der in zwei seiner bekanntesten Rollen, nämlich als Rigoletto und als Escamillo in Bizets „Carmen" auftreten wird. Hamburger und Dresdener Pressenachrichten vom Mai d. J. wissen zu berichten, daß der geschätzte Künstler sowohl gesanglich wie darstellerisch sich auf höchster Höhe gehalten habe, seit er vor etwa 10 Jahren an den deutschen Bühnen ein oft und gern gesehener Gast war. „Seine vollendete Gesangskultur, verbunden mit einer auf stärkstes Temperament gestellten bezwingenden Darstellung, von seltener Eindringlichkeit und Überzeugungskraft, gewährleisten Eindrücke, die zum unvergeßlichen Erlebnis werden." Baklanoff erscheint mit den genannten beiden Partien zum erstenmal auf der Bühne des Landestheaters und es steht zu erwarten, daß der starke internationale Erfolg, den er mit seinen vorbildlichen Leistungen allenthalben gefunden hat, ihm auch hier treu bleiben wird. —

Kurze Nachrichten aus Baden

DZ **Mannheim**, 3. Nov. Laut „Arbeiterzeitung" tagte hier eine stark besuchte Vertrauensmännersitzung des Deutschen Verkehrsbundes, Mitgliedschaft Binnenschiffer für den Oberrhein, um zum ablehnenden Verhalten der Arbeitgeber in der Lohnfrage Stellung zu nehmen. Die Sitzung nahm teilweise einen stürmischen Verlauf, indem die sofortige **Arbeitseinstellung** gefordert wurde. Nach längerer Debatte wurde beschlossen, erneut zu versuchen, durch **Verhandlungen** ein annehmbares Resultat zu erzielen.

Heidelberg, 3. Nov. Hochwasser. In Heidelberg zeigt der Pegelstand des **Neckars** 4,53 Meter und überflutet weithin das Vorland. Die zurzeit am Neckar auszuführenden Kanalisierungsarbeiten werden durch das Hochwasser auf das empfindlichste gestört. Mehrere Holzbaracken der Erdarbeiter wurden überschwemmt. Sand, Kies, Holzmaterial wurden von den Fluten hinweggeschwemmt. Die Arbeiten am Neckarkanal müssen, da der Kanal infolge der Regengüsse in seiner ganzen Ausdehnung vollgefüllt ist, auf etwa 14 Tage unterbrochen werden. Viele Odenwaldorte haben unter den herabstürzenden Wassermassen gelitten. In der Umgebung von Eberbach sind verschiedentlich Dammrutschungen vorgekommen.

*__Bruchsal__, 3. Nov. Am Allerheiligentag feierte die Stadt Bruchsal die Einweihung ihres **Kriegerdenkmals** für die Gefallenen des Weltkrieges. Auf dem idyllischen Friedhof bei St. Peter ist es erstanden, ein Meisterwerk des Karlsruher Bildhauers **Fritz Hugel**, durch starke Bildhaftigkeit und schlichte Innigkeit der Darstellung in gleicher Weise zum Herzen sprechend. Uhlands treuherziges Volkslied vom guten Kameraden fand hier ergreifende Verkörperung: ein Feldgrauer tauscht mit seinem fallenden Kameraden den letzten Händedruck. Die edel gestaltete Bildgruppe überragt, von vornehm verhaltener Architektur eingefaßt, als Mittelstück die Gräberreihe des Kriegerfriedhofs, die in der strengen Gleichheit ihrer Grabkreuze Ruhe und Ernst der geweihten Stätte sinnig betont. Der Stimmung stiller Wehmut und herber Trauer entsprach das trübe Naturbild des regenschweren Novembertages. Trauerweisen der Stadtkapelle und der vereinigten Männergesangvereine schufen ihr stimmungstiefes Echo, und Oberbürgermeister Dr. **Meister** gab ihr eindringlichen rednerischen Ausdruck, mahnend zur Nachfolge des heldenhaften Beispiels derer, die wir betrauern, zur selbstlosen Hingabe an Volk und Vaterland im Geist der allumfassenden Liebe. Kranzniederlegungen zahlreicher Vereine, ein Trauermarsch und ein Totenchor beschlossen die tiefernste Feier.

DZ **Ettlingen**, 4 Nov. Die Alb ist seit einigen Tagen ziemlich angeschwollen und hat zeitweise den Stand von 1919 erreicht.

DZ **Kehl**, 3. Nov. Die Kinzig ist in den letzten Tagen rasch angeschwollen und führt zurzeit **Hochwasser**.

DZ. **Villingen**, 3. Oktober. Die **Uhrenfabrik Kalko** wurde von der Firma **Landauer & Levi** zum Preise von 47 000 Mk. käuflich erworben. Die Übernahme erfolgt sofort, der Betrieb soll alsbald aufgenommen werden.

DZ. **Donaueschingen**, 31. Oktober. In den letzten Wochen wurden von fast sämtlichen Gemeinden des Bezirkes Donaueschingen Milchabsatzgenossenschaften gegründet. Diese örtlichen Genossenschaften haben sich nun zu der **Milch- und Molkereigenossenschaft** Donaueschingen zusammengeschlossen. Die neue Zentralgenossenschaft hat den Zweck, für einen regelmäßigen Absatz der Milch ihrer Mitgliedsgenossenschaften zu sorgen, einen Einfluß auf die Milchpreisbildung zu bekommen und die Milch in tadellosem Zustande den Verbrauchern zuzuführen. Zu diesem Zwecke soll in Donaueschingen eine moderne Tiefkühlanlage errichtet werden. Die Zentrale hat ferner den Zweck, ihre Mitgliedsgenossenschaften mit Molkereiprodukten sowie Gebrauchsgegenständen des milchwirtschaftlichen Betriebs zu versorgen. Zum Direktor der Zentralgenossenschaft wurde Landwirtschaftsrat **Wetterer** einstimmig gewählt.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	4. Nov. Geld	4. Nov. Brief	3. Nov. Geld	3. Nov. Brief
Amsterdam 100 G.	165.98	166.82	166.08	166.92
Kopenhagen 100 Kr.	72.74	73.10	72.79	73.15
Italien . . 100 L.	18.25	18.35	18.32	18.42
London . . 1 Pfd.	19.02	19.12	19.05	19.15
Newyork 1 D.	4.19	4.21	4.19	4.21
Paris . . 100 Fr.	21.95	22.07	22.06	22.18
Schweiz 100 Fr.	80.64	81.06	80.76	81.16
Wien 100 000 Kr.	5.91	5.94	5.91	5.94
Prag . 100 Kr.	12.50	12.55	12.50	12.56

Zuteilung überall 100 Prozent

Der Generalrat der Reichsbank. In der am Freitag abgehaltenen 1. Sitzung des Generalrates der Reichsbank, in der sämtliche Mitglieder anwesend waren, fand unter dem Vorsitz des Reichsbankpräsidenten Dr. **Schacht** die Konstituierung statt. Der Präsident erstattete Bericht über die durch das neue Bankgesetz getroffenen organisatorischen Maßnahmen und erläuterte den derzeitigen Stand der Reichsbank. Der Kommissar für die Notenausgabe, Professor **Bruis**, erstattete Bericht über die ihn betreffenden Fragen. Der Generalrat stimmte sodann der Ernennung des Reichsbahndirektors Dreuse zum Mitgliede des Direktoriums zu.

Maschinenbaugesellschaft Karlsruhe. In der am 28. Oktober abgehaltenen Aufsichtsratssitzung der Maschinenbaugesellschaft Karlsruhe wurde beschlossen, der auf 25. November ds. Js. einzuberufenden außerordentlichen Generalversammlung vorzuschlagen, das Aktienkapital im **Verhältnis von 20:1 auf Goldmark umzustellen** so daß der Goldwert einer Aktie Mk. 50 beträgt.

Letzte Nachrichten

Für ein einiges China

WTB. **London**, 4. Nov. Halbamtlich wird aus Kanton mitgeteilt, daß **Sunjatsen** diese Woche nach Peking reisen werde, um mit den Führern Nordchinas zu beraten. **Es wird eine nationale Konferenz aller Klassen der Bevölkerung zur Wiedervereinigung des Landes** einberufen.

*

WTB. **Paris**, 4. Nov. Havas meldet aus Peking: General **Wu-Pei-Fu** hat, bevor er Tientsin verließ, den Oberbefehl Marschall Tschan-Tschong-Liang abgegeben, der dem General Feng-Yu-Hsiang berichtete, daß er **nicht mehr zu kämpfen** beabsichtige.

WTB. **Paris**, 4. Nov., Der „Newyork Herald" meldet aus Tientsin, die Truppen des christlichen Generals **Feng** seien in **Tientsin** eingezogen, ohne daß die Truppen des Generals Wu-Pei-Fu Widerstand geleistet hätten. Die Armee Wu-Pei-Fus flüchtete in Richtung auf **Taku**, einem Hafen am Poiho-Fluß. In Taku sei Wu-Pei-Fu an Bord des chinesischen Kreuzers Haichi gegangen, der nach Shanghai in See gestochen sei.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung

Die Vereinigung der abgesonderten Gemarkung Kargegg mit der Gemeinde Langenrain.

Der zwischen der abgesonderten Gemarkung Kargegg, Amtsbezirk Stockach, und der Gemeinde Langenrain, Amtsbezirk Konstanz, abgeschlossenen Vereinbarung über die Vereinigung der abgesonderten Gemarkung mit der Gemeinde Langenrain mit Wirkung vom 1. Juli 1924 wurde die staatliche Genehmigung erteilt.

Karlsruhe, den 28. Oktober 1924.

Der Minister des Innern
Remmele

Der Ortsgruppe Baden des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten wurde die Erlaubnis zur Veranstaltung einer Sachlotterie erteilt. Ziehungstag: 15. Januar 1925.

Karlsruhe, den 27. Oktober 1924.

Der Minister des Innern
Remmele

Unseren Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß unser Kind

Hans

nach schwerer Krankheit entschlafen ist. D.720

Prof. Siegfried Gräff
und **Frau Hedwig**, geb. Aschoff.
Niigata (Japan).

Badisches Landestheater.
Mittwoch, 5. Nov. 7—10 Uhr. Sp. I Mk. 4.80.
Abonn. D 8. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 1701—2000.
Die heimliche Brautfahrt.

Ia. Steinkohlen
Koks, Grudekoks
Steinkohlen- u. Braunkohlenbriketts
Brennholz
liefern
Carl August Nieten & Co.
Kohlenhandelsgesellschaft
Hauptbüro: Rheinhafen, Nordbeckenstr. 6
Fernsprecher 982 und 5165
Stadtbüros: Kaiserstraße 118,
Fernsprecher 5506
Durlacher Allee 10 (Vertr.: **Wilh. Kaeller**)
Fernsprecher 5724 D.21

Drucksachen für die Reichstagswahl
Flugblätter, Plakate usw.
fertigt in kürzester Frist
G. Braun
vormals G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag
G. m. b. H.
Karlfriedrichstraße 14 **Karlsruhe** Telefon Nr. 952, 953, 954

Kommunal-Darlehen
zu **außergewöhnlich billigen** Bedingungen zu vergeben. Rascheste Erledigung, Auszahlungen bereits erfolgt. Zwischenvermittler ausgeschlossen. Offerten unter D.692 an die Expedition der Karlsruher Zeitung.

Tüchtigen gewandten
Vertreter
bei der Kundschaft bestens eingeführt, sucht D.714
Paul Janke jr.
Wurstfabrik
Rügenwalde (Ostsee).

Metallbetten
Stahlmatr., Kinderbett., direkt an Private, Katalog 78 R frei.
Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür.)

Die planmäßige Stelle eines
Polizeiwachtmeisters
ist **sofort** neu zu besetzen, Besoldung nach Gruppe IV mit Aufrückungsmöglichkeit nach Gruppe V der städtischen Besoldungsordnung.

Ausführliche selbstgeschriebene Bewerbungen mit Lebenslauf, Zeugnissen und Gehaltsansprüchen wollen unter Beifügung eines Lichtbildes neueren Datums bis spätestens **15. November** 1924 eingereicht werden. Nach § 17 des Polizeigesetzes dürfen nur Personen eingestellt werden, welche die staatliche Polizeischule mit Erfolg besucht oder die vom Ministerium festgesetzte Mindestdienstzeit in der staatlichen Ordnungspolizei oder Gendarmerie zurückgelegt haben. Y.715
Wiesloch, 30. Okt. 1924.
Der Bürgermeister.

Das **Forstamt Schönau i. W.** versteigert am **Dienstag, den 11. November d. J.** in der Sonne in Schönau aus Domänenwald Multen 61 Ster **buchenes**, 30 Ster Nadel-**Brennholz und** 109 Reisster. Y.66

Ferner werden freihändig verkauft:

Aus Domänenwald Multen 83 Fm. Nadel-Stammholz I.—VI. Klasse und 97 Ster entrindetes Papierholz. Aus Domänenwald Judenwald bei Hoppach: 5 Fm. Stammholz.

Angebote bis **15. Nov.** beim Forstamt erbeten. Die Bieter sind bis mit 21. November an ihr Gebot gebunden. Losverzeichnisse durch das Forstamt. Vorzeiger in Multen: Oberforstwart Kiefer in Multen. Vorzeiger für Judenwald Forstwart Waßmer in Häg.

Druck G. Braun, Karlsruhe.